Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern

Autor(en): **Feldmann, M. / Siegenthaler, W. / Giovanoli, F.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1948)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417377

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1948

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **M. Feldmann**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **W. Siegenthaler**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden 3 kantonale und 1 eidgenössische Volksabstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 8. Februar wurden dem Volke 5 Vorlagen zur Abstimmung unterbreitet. Davon wurden 3 angenommen und 2 verworfen.

1. Gesetz über zusätzliche Alters- und Hinterlassenenfürsorge zur AHV des Bundes; 54 115 Ja gegen 33 972 Nein mit einem Mehr von 20 143 Stimmen angenommen.
2. Gesetz über das EG des BG über die AHV und die Abänderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer; 37 306 Ja gegen 51 517 Nein mit einem Mehr von 14 211 Stimmen verworfen.
3. Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot; 46 518 Ja gegen 41 510 Nein mit einem Mehr von 5008 Stimmen angenommen.
4. Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Milderung der Notlage in den Trockengebieten und zur Sicherung der Milch- und Fleischversorgung; 51 005 Ja gegen 37 391 Nein mit einem Mehr von 13 614 Stimmen angenommen.
5. Volksbeschluss über die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung staatlicher Hochbauten: 32 615 Ja gegen 54 298 Nein mit einem Mehr von 21 683 Stimmen verworfen.

Für diese Vorlagen gingen an die Urne 90 696 Bürger von 241 304 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten oder 37,59 %.

Am 13. Juni wurden die Stimmberechtigten an die Urne gerufen zur Abstimmung über das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Die Vorlage wurde angenommen mit 36 338 Ja gegen 11 915 Nein, also mit einem Mehr von 24 423 Stimmen.

Von 241 577 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 59 136 an die Urne oder 24,47 %.

Die letzte Abstimmung des Jahres mit zwei Vorlagen fand am 19. Dezember statt über das Einführungsgesetz zum BG vom 12. Dezember 1940 über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen und das Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Abänderung und Ergänzung). Beide Vorlagen wurden angenommen, die erstere mit 55 855 gegen 30 393 Stim-

men, also mit einem Mehr von 25 462, und die letztere mit 71 868 gegen 18 907 Stimmen oder mit einem Mehr von 52 961 Stimmen.

Von 242 479 Stimmberechtigten gingen 92 772 an die Urne oder 38,26 %.

B. Eidgenössische Abstimmung

Diese wurde angesetzt auf den 14. März. Zur Abstimmung kam der Bundesbeschluss über die Ordnung der schweizerischen Zuckerwirtschaft. Im Kanton Bern wurde diese Vorlage mit 42 735 Ja gegen 62 649 Nein oder mit einem Mehr von 19 914 Stimmen verworfen.

Von den 242 133 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 105 872 Bürger oder 43,72 % an die Urne.

Volkswahl

Am 13. Juni musste angesetzt werden die Ersatzwahl für ein Mitglied des Regierungsrates infolge Rücktrittes von Dr. H. Mouttet. Es wurde an dessen Stelle gewählt Dr. Virgile Moine, Seminardirektor in Pruntrut.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Regierungsrat Dr. H. Mouttet erklärte ebenfalls seinen Rücktritt als Vertreter des Staates Bern im Ständerat auf Ende der Amtsperiode 1947/48. Am 16. November wurde vom Grossen Rat Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil, als Ständerat für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1948 bis 30. November 1949 bestätigt. An Stelle des Zurücktretenden wählte der Grosse Rat für die gleiche Amtsdauer Regierungsrat Georges Moeckli.

Infolge der Wahl von Regierungsrat G. Moeckli zum Ständerat erhöhte sich die Delegation des Regierungsrates in der Bundesversammlung auf 5 Mitglieder. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. November 1929 über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung musste deshalb das im Regierungsrat amtsjüngste Mitglied, Dr. V. Moine, sein Mandat in der Bundesversammlung niederlegen. An dessen Stelle wurde der 1. Ersatzmann der Liste des Parti libéral jurassien, André Calame, secrétaire d'association in Biel, als Nationalrat gewählt erklärt.

Grosser Rat

Im Berichtsjahr fanden 4 Sessionen mit zusammen 30 Sitzungen statt, davon im Februar/März eine ausserordentliche.

Als Grossratspräsident amtete bis 31. Mai Karl Geissbühler, Leiter der Schweizerischen Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus, Köniz. Für das Amtsjahr 1948/49 wurde als Grossratspräsident gewählt Hans Hofer, Käser, Spins/Aarberg. Zu seinen Vizepräsidenten wählte der Grosse Rat Dr. Ernst Steinmann, Redaktor in Bern, und Walter Stünzi, städtischer Armenverwalter, Thun.

Im Laufe des Berichtsjahres legten folgende Mitglieder des Grossen Rates ihr Mandat nieder: Paul Kunz, Thun; Fritz Meyer, Roggwil; Albert Fawer, Biel; Karl Abrecht, Lengnau; Ernest Josi, St-Imier; Dr. Walter Egger, Bern; Fritz Segessenmann, Bern; Georges Diacon, Moutier; Gottfried Horisberger, Meiringen; Paul Fell, Biel; Alfred Gasser, Schwarzenburg.

Den aus dem Rat Zurückgetretenen sei auch an dieser Stelle für ihre Arbeit im Dienste des Bernervolkes der Dank ausgesprochen.

Es rückten an ihrer Stelle in den Rat nach die bisherigen Ersatzmänner August Rupp, Gunten; Johann Mathys, Langenthal; Walter Liniger, Biel; Hans Schaer, Büren; Herbert Landry, La Heutte; Hans Jenni, Bern; Ernst Iseli, Bern; Ernest Comte, Courrendlin; Otto Neuenschwander, Meiringen; Alfred Alchenberger, Biel.

Die Liste der BGB-Partei des Amtes Schwarzenburg, von welcher im Mai 1946 alle 3 Kandidaten gewählt wurden, war erschöpft. Infolge des Rücktrittes von Grossrat Gasser mussten deshalb die Listenunterzeichner aufgefordert werden, einen Ersatzmann vorzuschlagen, welcher Vorschlag erst im Laufe des nächsten Berichtsjahres erfolgte.

Als Präsident der Staatswirtschaftskommission trat im Laufe des Berichtsjahres zurück Grossrat Otto Häberli, Moospinte, Münchenbuchsee. An dessen Stelle wurde der bisherige Vizepräsident, Dr. W. Luick in Wabern, gewählt, und als Vizepräsident rückte nach Grossrat O. Steiger, Bern.

Änderungen traten ebenfalls ein in der Kantonalbankkommission. An Stelle des zurücktretenden Präsidenten, Grossrat Dr. W. Egger in Bern, wurde als neuer Präsident gewählt Grossrat R. Bratschi, Bern. Ferner traten als Mitglieder der Kantonalbankkommission, die zugleich in der Aufsichtskommission der Kantonalbank amteten, zurück die Grossräte H. Hubacher in Bern, Dr. W. Egger, Bern, und Fr. Meyer, Roggwil. Sie wurden ersetzt durch die Grossräte Rudolf Amstutz, Bern, Arnold Stucki, Steffisburg, und Francis Degoumois, Tramelan-dessus. In der Aufsichtskommission der Kantonalbank war eine Ersatzwahl notwendig infolge Hinschiedes von F. Siegenthater, Notar in Eggiwil. An dessen Stelle wurde gewählt Ernst Leuenberger, Notar in Trubschachen.

Ferner trat als Mitglied des Verwaltungsgerichtes zurück W. Diethelm, Direktor in Wabern/Bern. An dessen Stelle wurde gewählt Direktor Hans Müller, Bern, und als Ersatzmann, an Stelle des zurücktretenden Grossrats A. Juillard in Cortébert, Grossrat Hubert Piquerez, Fürsprecher in Pruntrut.

Überdies musste der Rat noch einige Ersatzwahlen vornehmen von kaufmännischen Mitgliedern des Handelsgerichtes und in die Viehzuchtkommission.

Auf Antrag des Regierungsrates wurde die Justizdirektion dem neugewählten Mitglied, Regierungsrat Dr. V. Moine, übertragen.

Am 5. März hielt der Grosse Rat eine Gedenksitzung ab zur Erinnerung an den Untergang des alten Berns und der beiden Gefechte im Grauholz und bei Neuenegg, die vor 150 Jahren am 5. März 1798 stattgefunden haben. An beiden Schlachtdenkmälern wurden Kränze durch Delegationen des Regierungsrates und des Grossen Rates niedergelegt. In der offiziellen Feier

im Grossratssaal sprachen Grossratspräsident K. Geissbühler und Regierungspräsident Dr. M. Feldmann. Die Ansprachen wurden durch Musikvorträge umrahmt.

In das Berichtsjahr fielen ebenfalls die Erinnerungsfeier für das 100jährige Bestehen des schweizerischen Bundesstaates. In feierlichem Zuge begaben sich die Mitglieder des Regierungsrates und des Grossen Rates, Vertreter der Zentral- und Bezirksverwaltung, der richterlichen Behörden sowie die Delegationen der bernischen Gemeinden auf den Bundesplatz. Die Erinnerungsansprachen hielten alt Grossrat Dr. W. Egger, Regierungsrat G. Moeckli und Bundesrat Ed. v. Steiger.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Direkte Staats- und Gemeindesteuern (Abänderung und Ergänzung) (1. und 2. Beratung).

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung (1. und 2. Beratung).

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen (2. Beratung).

2. Verfassungsänderung

Erhöhung der Finanzkompetenzen des Regierungsrates (Abstimmung auf 1949 festgesetzt).

3. Dekrete

Diverse Aufhebungen von Burgergemeinden und Übertrag der Vermögen an die Einwohnergemeinden.

Teuerungszulagen an das Staatspersonal, die Lehrerschaft und die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskassen.

Neuregelung der Besoldungen der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung.

Hauptrevision amtlicher Werte der Grundstücke und Wasserkräfte.

Bildung und Umschreibung von Kirchgemeinden.

Anpassung der Gebührentarife der Anwälte und Notare an die Teuerung und die Abänderung des Anwaltstarifes.

Gebühren des Verwaltungsgerichtes.

4. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1947 waren im Berichtsjahr noch 5 Motionen zu behandeln, wozu im Jahr 1948 noch 9 weitere eingereicht wurden. Von diesen 14 Motionen wurden im Berichtsjahr 13 erledigt und eine auf das Jahr 1949 verschoben.

Im Berichtsjahr waren ferner zu behandeln 5 noch aus dem Jahr 1947 hängige Postulate und 36 neu eingereichte. Von diesen 41 Postulaten sind im Berichtsjahr 34 behandelt worden, während 7 auf das nächste Geschäftsjahr verschoben wurden.

Ferner beantwortete der Regierungsrat 36 Interpellationen, während 4 weitere durch Rückzug erledigt wurden.

Endlich wurden noch insgesamt 39 Einfache Anfragen beantwortet.

5. Andere Geschäfte

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechnung und des Voranschlages sind noch folgende Geschäfte zu erwähnen:

Aufnahme einer Konversionsanleihe im Betrage von Fr. 19 Millionen.

Bericht des Regierungsrates über die Entwicklung des Vermögensstandes des Kantons Bern seit dem Jahr 1900.

Anhang zum Dekret über die Besoldungen der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung und Einreihung der Amtsbezirke in die Bezirksklassen.

Behandlung des Strassenbauprogramms.

Revision des Wirtschaftsplanes über die Staatswaldungen.

Grossratsbeschluss betreffend Anpassung der Hülfskasse an das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Grossratsbeschluss betreffend Aufnahme des Kirchenschreibers in die Hülfskasse.

Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Milderung der Notlage in den Trockengebieten und zur Sicherung der Milch- und Fleischversorgung.

Grossratsbeschluss betreffend Beiträge an die Kliniken des Inselspitals.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Erziehungs- und Kirchenwesens, Regierungsrat Dr. M. Feldmann. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident W. Siegenthaler, Direktor der Finanzen und Domänen, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat Dr. F. Giovanoli, Direktor des Gemeindewesens und der Sanität.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 105 Sitzungen ab und behandelte 7392 Geschäfte.

Auf den 30. Juni trat Regierungsrat Dr. H. Mouttet zurück. Der Scheidende nahm am 29. Juni zum letztenmal an einer Regierungsratssitzung teil. Regierungsrat Dr. Mouttet begann seine Tätigkeit in der bernischen Verwaltung im Jahr 1906 als Übersetzer und Sekretär am bernischen Obergericht und wurde, nachdem er für kurze Zeit den Staatsdienst verlassen hatte, im Jahr 1909 als Bezirksprokurator des 5. Bezirkes (Jura) gewählt. Vom 30. September 1912 bis zu seiner Wahl zum Regierungsrat im Februar 1928 gehörte er dem bernischen Obergericht an. Als Regierungsrat übernahm er zuerst die Direktionen des Gemeindewesens und der Sanität und wechselte im Jahr 1945 auf die Justizdirektion über. Als Präsident des Regierungsrates amtete er in den Amtsjahren 1932/33 und 1944/45. Überdies vertrat er den Kanton Bern vom Mai 1932 bis Ende November 1948 im Ständerat. 1921 wurde er zum a. o. Professor für französisches und schweizerisches Privatrecht an der Universität Bern ernannt. Nach seiner Wahl als Regierungsrat setzte er seine Vorlesungen als Honorarprofessor fort. Während seiner Amtstätigkeit hat Regierungsrat Dr. Mouttet folgende wichtige Gesetzesvorlagen vorbereitet:

Gesetz über die Geldbeschaffung für die Bekämpfung der Tuberkulose.
Gesetz über die Wahlfähigkeit der Schweizerbürgerinnen für die Vormundschaftskommissionen.
Dekret betreffend die Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 19. Mai 1920 über die Vermögensverwaltung und das Rechnungswesen in den Gemeinden.
Dekret über die öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten.
Dekret über die Abänderungen des Dekretes vom 10. Dezember 1918 betreffend die Erteilung des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechtes und die Entlassung aus demselben.
Beitritt zur interkantonalen Vereinigung betreffend die Kontrolle der Heilmittel.
Dekret über die Ergänzung des Dekretes vom 25. November 1936 in bezug auf die Staats- und Gemeindebeiträge für die Bekämpfung der Tuberkulose.

Der scheidende Magistrat hat dem Staat während mehr als 40 Jahren überaus wertvolle Dienste geleistet. Anlässlich seines Rücktrittes wurde ihm dafür von Regierungspräsident W. Siegenthaler im Namen des Bernervolkes der beste Dank ausgesprochen.

Dem am 13. Juni zum Regierungsrat gewählten Dr. V. Moine, bisher Seminardirektor in Pruntrut, wurde die Justizdirektion zugeteilt. Zugleich wurde er als Stellvertreter des Vorstehers der Direktionen des Gemeindewesens und der Sanität bezeichnet. Regierungsrat Dr. Moine trat sein Amt am 6. September an.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr befasste sich der Regierungsrat in mehreren Sitzungen mit dem Geschäft «Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil». Das Comité de Moutier richtete am 30. April 1948 an den Berner Regierungsrat und den Grossen Rat eine Eingabe, in welcher dieses verschiedene Wünsche der jurassischen Bevölkerung in bezug auf ihr Verhältnis zum Kanton Bern geltend machte. Der Regierungsrat hat diese Eingabe von Anfang an als Petition betrachtet und die einzelnen Wünsche den zuständigen Direktionen zum Bericht und Antrag überwiesen. Er beauftragte mit der Ausarbeitung eines Berichtes über diese Anliegen Regierungsrat Dr. Feldmann und bestellte für dessen erste Bereinigung eine Kommission, bestehend aus Regierungspräsident W. Siegenthaler und den Regierungsräten Dr. Feldmann und G. Moeckli. Die Vorlage dieses Berichtes und seine Behandlung im Gesamt-Regierungsrat fällt in das Jahr 1949. Ferner beschloss der Regierungsrat, das Verhältnis des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil endgültig durch ein Gutachten abklären zu lassen, und bestellte eine Expertenkommission, bestehend aus Bundesrichter Dr. Comment und den Professoren Huber und v. Greyerz, zur Ausarbeitung eines Gutachtens über folgende Fragen:

1. «Steht die ‚Vereinigungsurkunde des ehemaligen Bistums Basel mit dem Kanton Bern' vom 23. November 1815 heute noch in Rechtskraft oder ist sie durch die bernischen Staatsverfassungen von 1831, 1846 und 1893 ganz oder teilweise aufgehoben worden?
2. Welche Teile der Vereinigungsurkunde befinden sich bei teilweiser Aufhebung heute noch in Kraft?
3. Hat der Kanton Bern, abgesehen von der Frage nach der formalen Rechtskraft der Vereinigungsurkunde von 1815, die in jener Urkunde ihm überbundenen Verpflichtungen gegenüber dem jurassischen Landesteil materiell eingehalten?»

Dieses Gutachten wurde am 9. Juli dem Regierungsrat unterbreitet und in deutscher und französischer Sprache gedruckt. Den Mitgliedern des Grossen Rates wurde es in der Novembersession zugestellt.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten in nachfolgenden Amtsbezirken Änderungen ein:

Bern: An Stelle des zum Gemeinderat der Stadt Bern gewählten Gerichtspräsidenten Robert Kuhn wurde in stiller Wahl gewählt Albert Kuhn, Fürsprecher in Bern.

Laufen: Der bisherige Gerichtspräsident/Regierungsstatthalter Adolf Walther trat infolge Erreichung der Altersgrenze zurück. An seiner Stelle wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Melchior Kuntschen, Fürsprecher in Bern.

Oberhasli: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalters Oskar Matti wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Ernst Schmidhauser, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter, und an dessen Stelle in stiller Wahl Fürsprecher Willy Andrae, Thun.

Büren: An Stelle des verstorbenen Gerichtsschreibers, Betreibungs- und Konkursbeamten Kurt Rihs wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Alfred Schenk, Notar in Bern.

Burgdorf: Im Laufe des Berichtsjahres starb der bisherige Betreibungs- und Konkursbeamte Friedrich Michel. Die Ersatzwahl findet erst im nächsten Berichtsjahr statt.

Amtsrichter

Im Bestande der Amtsrichter traten im Berichtsjahr folgende Änderungen ein:

Aarberg. Rücktritt Alfred Arn, Wahl Fritz Stebler, Wehrwärter BKW, Niederried/Kallnach.

Burgdorf. Rücktritt Jakob Kunz, Wahl Ernst Leu, Käser, Krauchthal. Rücktritt E. Schoch, Wahl Fritz Eichenberger, Schuhmachermeister, Burgdorf.

Laupen. Hinschied F. Baumann, Wahl Ernst Hurni-Schori, Landwirt, Gurbrü.

Nidau. Rücktritt F. Nyffenegger, Ersatzwahl 1949.

Saanen. Rücktritt J. Perreten, Wahl Christian Schwitzgebel, Gemeindeschreiber, Lauenen.

Thun. Hinschied F. Wiedmer, Wahl Rud. Jenni, Kaufmann, Thun.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Burgdorf. An Stelle des zum Amtsrichter gewählten E. Leu, Wahl Paul Aebi, Landwirt, Heimiswil. An Stelle des zum Amtsrichter gewählten E. Eichenberger, Wahl Fr. Siegrist, Gemeindeschreiber, Oberburg.

Franches-Montagnes. Hinschied A. Gête, Wahl Camille Monnat, cultivateur, Les Pommerats.

Thun. An Stelle des zum Amtsrichter gewählten Rudolf Jenni, Wahl Fritz Oesch, Käser, Homberg.

In allen Amtsbezirken kamen stille Wahlen zustande mit Ausnahme der beiden Ersatzwahlen im Amtsbezirk Thun, bei welchen der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden musste.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 3268 (Vorjahr 2928).

Überweisungen an den Grossen Rat: 264 (278).

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 86 860.25 (117 232.85).

Beglaubigung von 30 669 Unterschriften, für welche Fr. 35 955.80 Gebühren verrechnet wurden (Franken 33 643.50).

Im Anweisungsverkehr wurden 2351 Geschäfte erledigt, die einen Ertrag von Fr. 171 818.95 ergaben oder Fr. 36 101.35 mehr als im Vorjahr.

Die französische Abteilung besorgte 3085 Geschäfte, davon 922 des Regierungsrates und 2163 des Grossen Rates und der Direktionen. Zu dieser Arbeit kamen noch die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Im Berichtsjahr wurde der 5. Band der revidierten Gesetzsammlung, umfassend die Jahre 1936—1940, herausgegeben.

Die französische Ausgabe der revidierten Gesetzsammlung wurde weiter gefördert. Sie wird im Laufe des Jahres 1949 ebenfalls mit allen Bänden zur Ausgabe gelangen.

Im Berichtsjahre trat der Bureauchef der Staatskanzlei, Chr. Mosimann, in den Ruhestand. Der Zurückgetretene leistete dem Staate Bern zuerst als Archivgehilfe und weiter als Funktionär der Staatskanzlei während fast 30 Jahren wertvolle Dienste.

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass bei der Staatskanzlei im Berichtsjahr folgende Initiativen abgestempelt und eingereicht wurden:

1. Initiative der Partei der Arbeit vom 28. Mai/27. November betreffend Revision des bernischen Steuergesetzes, und
2. Initiative vom 16. Juni/15. Dezember betreffend die Revision des Gesetzes über die Strassenpolizei und die Besteuerung der Motorfahrzeuge.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 90 Sitzungen abgehalten. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 351 Sitzungen benützt, wozu noch 45 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung des Grossratssaals und der Kommissionszimmer nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 6348.10 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 287 Besuche unseres Rathauses mit rund 5600 Personen. Fast die Hälfte dieser Besuche fiel auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs 1948

I. Personelles

Am 23. März wurde Dr. *Hermann Specker* als Kanzleisekretär des Staatsarchivs gewählt. Am 1. Oktober trat Fräulein *Heidi Stauffer* als Kanzleigehilfin I in das Staatsarchiv ein. Am 22. März trat der langjährige und verdiente Kanzlist des Staatsarchivs, *Wilhelm Joss*, als Rechnungsführer und Registrator in den Dienst der Staatskanzlei über. In den Monaten Januar und Februar absolvierte Fräulein *Aimée Perrin* von der Bibliothekarinnenschule Genf ein Praktikum im Staatsarchiv.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 372 Benützern mit 2314 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 503 mündlich, 1118 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden an Akten abgeliefert: Die Jahrgänge 1927 und 1928 der Akten der Rekurskommission. Die Bibliothek vermehrte sich um 476 Bände, 634 Broschüren und 102 Blätter.

Unter den Geschenken sind hervorzuheben die Überlassung eines Bandes von Gerichtsprotokollen aus dem Tessenberg von 1611—1667 durch Frau Pfr. *Dagobert Voumard*, ferner die Gabe von 42 Urkunden, wovon 5 aus dem 14. Jahrhundert betreffend die Kirchen von St-Ursanne und Bellelay und die Herrschaft Soyhières, von Frau Prof. *Amweg*. Herr alt Regierungsrat *E. Lohner* schenkte dem Archiv einen Rodel der Pfistern-Meisterschaft von Thun (16. und 17. Jahrhundert), ein Dorfbuch von Steffisburg, eine Landsatzung von Interlaken und ein Schwellenurbar aus dem Obersimmental.

Eine wertvolle Leihgabe bedeutet die Überlassung von Bänden und Urkunden aus dem Herrschaftsarchiv von Münchenwiler durch Herrn Baron *Emanuel von Graffenried*. Schliesslich ergab eine Ablieferung von Büchern und Schriften aus dem Pfarrhaus Herrengasse 13 einen Zuwachs an Dokumenten über die französische Kirchgemeinde und Drucksachen kirchlicher Art.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (vor 1831) wurde die Signierung der ganzen Abteilung B zu Ende geführt; die begonnene Urkundenrevision wurde fortgesetzt und die Abteilungen Bern Freiheiten, Bern Oberamt und Bern Stift bis 1480 behandelt. Ferner wurde das vor vielen Jahren dem Archiv übergebene Familienarchiv *von Diesbach* neu geordnet und seine Inventarisierung begonnen. In der neuen Abteilung wurde die Gruppe

Unterrichtswesen weiter bearbeitet und Materialien zum hauswirtschaftlichen, land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen und zum Handfertigkeitsunterricht zusammengestellt, ebenso der Privatunterricht, die Mädchenarbeitsschulen und die Kleinkinderschulen. Die ältere Gruppe Primarschule nach Orten wurde fertig signiert und die Gruppe Primarschule nach Orten von 1856—1915 zu sichten und ordnen begonnen, die Ämter Aarberg bis Erlach sind bearbeitet. In der Bibliothek wurde die Abteilung der Periodica neu aufgestellt.

V. Inventare und Register

In der alten Abteilung wurde das grosse Inventar der Gruppe B (Dikasterien) vollständig beendet und steht jetzt den Benutzern zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden die Register und die Reinschrift durchgeführt. Beendet und verfügungsbereit ist auch die nach Materien geordnete Kartei über die gesamten Mandate. An kleinen Inventaren und Registern wurden erstellt: ein Stichwortverzeichnis zum Register der Abteilung Urkunden Varia I, ein Register zu den Akten der provisorischen Regierung, ein genereller Inventarentwurf über die Gruppe C der alten Abteilung, welche die besondern Sammlungen umfasst. Ferner wurde ein umfangreiches Ortsregister mit Nachweisen über Bauten in den Seckelmeisterrechnungen erstellt.

In der neuen Abteilung wurde zur neuaufgestellten Kreisschreiben-Sammlung eine Kartei begonnen. Neu in Angriff genommen wurde das Generalregister über die Verhandlungen des Grossen Rates ab 1860. Es wird in 2 Teilen erstellt, wovon der erste 1861—1899 umfasst und im Jahr 1949 der Benutzung wird zugänglich gemacht werden können. Im weitern sind zu erwähnen: ein Personenregister zum Werk *von Mülinen-Thormann* über die Glasgemälde in bernischen Kirchen, das Inventar über die Leihgabe *von Graffenried-Villars* und die Weiterführung der laufenden Sachkarteien der Sammlungen der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen und der Bibliothek.

VI. Führungen und Ausstellungen

Zur Erinnerung an den Übergang von 1798 veranstaltete das Staatsarchiv im Rathaus und im Staatsarchiv eine Ausstellung von zeitgenössischen Dokumenten.

Führungen im Archiv, teilweise verbunden mit Ausstellungen, fanden statt für je 2 Klassen des Oberseminars und des Seminars Muristalden und eine Klasse des Technikums Biel. Anlässlich der internationalen Architektentagung besuchten am 30. Juni Teilnehmer derselben das Staatsarchiv.

An der 800-Jahr-Feier in Guggisberg beteiligte sich das Staatsarchiv durch Teilnahme an der historischen Ausstellung; zur Ausstellung «Kunstschätze Berns» im Kunstmuseum Bern steuerte es wenige, aber sehr wertvolle Stücke bei.

VII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Die Arbeiten am Register des Bandes X der Fontes rerum bernensium wurden vom Adjunkten fortgesetzt. Für die Neuausgabe der kantonalen Verfassungen durch die Bundeskanzlei zum Jubiläumsjahr 1948 steuerte das Staatsarchiv einen illustrierten Aufsatz über Wappen und Siegel des Kantons Bern bei. Ferner beteiligten sich Beamte des Staatsarchivs an der Festschrift 100 Jahre Staat Bern im schweizerischen Bundesstaat. Für den Jura-Bericht bearbeitete das Staatsarchiv Unterlagen über das Verhältnis des Juras zu Bern aus den Verhandlungen des Grossen Rates, die Gründe der Ablehnung der Verfassung von 1893 durch den Jura und sammelte statistische Angaben über Abstimmungsverhältnisse.

VIII. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr konnte die Reorganisation der Bezirksarchive zu Ende geführt werden. Diese umfasste allgemein Aktenausscheidung gemäss der durch Regierungsratsbeschluss festgelegten Listen der Aufbewahrungsbefristung und Neuaufstellung und Inventarisierung der vorhandenen Bestände. Wo dies möglich war, wurde Platz für die Aktenvermehrung von ca. 20 Jahren geschaffen. Es wurden an den Installationen zahlreiche Verbesserungen vorgenommen, die besonders Vermehrung von Gestellen und bessere Einrichtung der Beleuchtung betrafen. Die Reorganisation wurde für die meisten Archive durch den Sonderbeauftragten, Herrn Dr. *Th. de Quervain*, für einzelne Archive des Juras durch Herrn Dr. *Rais* durchgeführt.

Im Interesse der Ordnung der Gemeindearchive gab im Berichtsjahr die Gemeindedirektion Weisungen über die Aufbewahrung von Gemeindeakten heraus, die im Einvernehmen mit dem Staatsarchiv aufgestellt worden waren.

Beamte des Staatsarchivs besichtigten die Gemeindearchive von Epauvillers, Goumois, Les Bois, Les Enfers, Les Pommerats, Montfaucon, Montfavergier, Muri bei Bern, Muriaux, Saint-Brais, Sonceboz, Soyhières und Tüscherz-Alfermée.

Die Inventarisierung des Archivs der Burgergemeinde Porrentruy wurde abgeschlossen, in den Archiven Saint-Brais und Montfaucon Ordnungsarbeiten vorgenommen; das Burgerarchiv von Soyhières wurde durch Herrn *Fleury* inventarisiert. Ausserdienstlich ordnete Herr Dr. *Rais* das Burgerarchiv von Tavannes.

IX. Hallwylarchiv

Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1948 Fr. 13 254.80. Er beträgt am 31. Dezember Franken 13 598.60. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 428.03. Aus den Zinsen wurden in bescheidenem Umfang Werke über Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1949.

Der Regierungspräsident:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 29. Juni 1949

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**